

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3944

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3944



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Entwicklung der EU
Erasmus+
EWR-Beitritt
Filmförderung
Forschungszusammenarbeit
Frontex
Landwirtschaft
Luftverkehr
Migration
Organisation der EU
Personenfreizügigkeit
Rahmenabkommen
Schengen
Siedlungsentwicklung
Techn. Handelshemmnisse
Verkehrsentwicklung
Wirtschaftliche Entwicklung

FAKTENBLATT: FRONTEX

Die Schweiz und der Ausbau von Frontex: Mehr Sicherheit im Schengen-Raum

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) spielt eine wichtige Rolle beim Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums, zu dem seit 2008 auch die Schweiz gehört. Mehr Flüchtlinge und eine Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität machen ihre Aufgabe zunehmend anspruchsvoll. Darum soll Frontex ausgebaut und professionalisiert werden. Das benötigt höhere Beiträge – auch von der Schweiz.

Die Grundlage für Frontex ist der Schengen-Raum. Die Schweiz ist diesem 2008 (mehr dazu im Faktenblatt) beigetreten. Für die teilnehmenden 26 Staaten bedeutete dies, dass die systematischen Personenkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft wurden. Seither verläuft der Reiseverkehr, falls keine Pandemie herrscht, zwischen allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt. Um die Sicherheit dennoch zu gewährleisten, wurden Regeln für die Kontrolle der Aussengrenzen und die Bekämpfung der Kriminalität vereinbart. Ausserdem wurde auch die Zusammenarbeit der nationalen Polizei- und Justizbehörden verstärkt.

Die beteiligten Staaten sind für ihre nationalen Grenzen grundsätzlich selbst verantwortlich. Zum gemeinsamen Schutz der Schengen-Aussengrenzen wurde jedoch Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, ins Leben gerufen. Wichtig: Frontex ist keine Grenzpolizei, sondern eine Agentur der Europäischen Union. Da die Kompetenzen der EU beim Grenzschutz begrenzt sind, kann Frontex die Schengen-Mitglieder lediglich mit Koordinationsleistungen, Know-how und Personal unterstützen. Etwa ein Viertel des Personals wird von den Mitgliedstaaten entsendet und kehrt nach der Amtszeit in den nationalen Dienst zurück. An Frontex sind somit die Grenzschutzbehörden aller Mitgliedstaaten beteiligt. Die Agentur wird vom Management Board kontrolliert, einem Gremium bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission. Finanziert wird Frontex sowohl aus dem EU-Haushalt als auch durch Beiträge der assoziierten Schengen-Länder wie der Schweiz.

Auch die Schweiz ist im Management-Board vertreten. Marco Benz, Vizedirektor des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit, nimmt darin Einsitz.

Die aktuellen Herausforderungen von Frontex

Die europäische Flüchtlingskrise 2015 hat gezeigt, dass die bestehenden Grenzschutzmechanismen nicht ausreichen, um den enormen Migrationsdruck zu bewältigen. Das Resultat: völlige Überforderung an den Schengen-Aussengrenzen im Süden und Osten Europas. Auch aktuelle Entwicklungen bestätigen dieses Bild. Die Ereignisse vom November 2021 an der Grenze zwischen Polen und Weissrussland oder die andauernden Flüchtlingsbewegungen an der Südgrenze des Schengen-Raums werden vermehrt mit administrativer Überforderung und Menschenrechtsverstössen in Verbindung gebracht. Dies zeigt deutlich die Notwendigkeit für eine stärkere Zusammenarbeit der Schengen-Gemeinschaft beim Grenzschutz auf.



Die Aufgabe von Frontex wird also stetig anspruchsvoller, zumal auch die international organisierte Kriminalität zunimmt. Für die Bewältigung dieser Aufgaben ist der Ausbau der Agentur mit mehr Ressourcen unabdingbar. Dieser Ausbau soll aber auch mit einer Professionalisierung von Frontex einhergehen, um die Menschenrechte künftig besser zu schützen.

Der Ausbau von Frontex und die Schweiz

Als Schengen-Mitgliedstaat muss auch die Schweiz sich am Ausbau von Frontex beteiligen. Finanziell bedeutet dies, dass der jährliche Beitrag ausgehend von rund 24 Millionen Franken im Jahr 2021 stufenweise auf maximal 61 Millionen Franken im Jahr 2027 angehoben wird. Dieser Beitrag wird nach dem Verhältnis des nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum BIP aller Teilnehmerländer der Agentur berechnet. Entsprechend müssen auch alle anderen Schengen-Staaten mehr bezahlen. So steigt das Budget der Agentur im Vergleich zum Vorjahr 2022 um rund 200 Millionen Euro an. Zusätzlich wird auch personell aufgestockt. Die folgende Grafik zeigt den Aufbau der ständigen Reserve von Frontex.

Reservesystem von Frontex bis 2027 (11'500 Mitarbeitende)

Mitarbeitende von Frontex	Abgesandte der Schengen-Mitglieder		Reserven
	langfristig	kurzfristig (nur teilzeitig bei Frontex engagiert)	
	: 16	: 21 (je 4 Monate)*	: 16
3'000	1'500	5'500	1'500

Quelle: Botschaft des Bundesrats (2020)

*Aufgrund der kurzfristigen Einsätze wird die Schweiz gesamthaft 39 Vollzeitstellen zur Verfügung stellen.

Die Schweiz beteiligt sich somit nicht nur finanziell an Frontex. Das Schweizer Grenzwachkorps (GWK) trägt schon seit 2011 zur Sicherheit der Schengen-Aussengrenzen bei. Bis 2027 sollen pro Jahr rund 40 Mitarbeitende aus der Schweiz an die am stärksten vom Migrationsdruck betroffenen Aussengrenzen Europas gesendet werden. Unter den entsandten Grenzwachterinnen und Grenzwachtern befinden sich Dokumentenberater, Fahrzeugspezialisten, Diensthundeführerinnen, Grenzüberwachungsspezialisten oder «Debriefler». Letztere führen in Flüchtlingsempfangszentren auf freiwilliger Basis Interviews mit Migranten, um Informationen über Herkunftsstaaten, Reiserouten, Schlepperbanden und Weiteres zu gewinnen. Mit dem Ausbau von Frontex soll nun auch diese Zusammenarbeit vonseiten der Schweiz intensiviert werden. Da gegen die Aufstockung des Schweizer Beitrags das Referendum ergriffen wurde, wird am 15. Mai 2022 das Volk entscheiden müssen. Mit einer Ablehnung der Vorlage würde die Schweiz ihre Schengen-Mitgliedschaft riskieren.

Der Alleingang ist keine Lösung!

Mitmachen unter: www.europapolitik.ch